

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Die Nichtigkeit der Willenserklärung und des Vertrags	1
1. Abschnitt: Die mangelnde Geschäftsfähigkeit	1
A. Die Geschäftsunfähigkeit	2
B. Die Nichtigkeit der Willenserklärung nach § 105 Abs. 2	4
C. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	4
I. Wirksame Rechtsgeschäfte des Minderjährigen	5
1. Die Teilgeschäftsfähigkeit gemäß § 112 und § 113	5
2. Das lediglich rechtlich vorteilhafte Rechtsgeschäft gemäß § 107 und das neutrale Rechtsgeschäft	5
a) Für das Verfügungsgeschäft gilt:	7
b) Verpflichtungsverträge	8
c) Gesamtbetrachtung von Verpflichtungs- und Verfügungsvertrag? Fall 1: Geschenkte Belastung	9
d) Einseitige Rechtsgeschäfte	11
e) Neutrale Geschäfte	11
3. Die Einwilligung (§ 107)	13
4. Die Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts gemäß § 110	14
II. Unwirksamkeit einseitiger Rechtsgeschäfte und schwebende Unwirksamkeit von Verträgen	15
1. Einseitige Rechtsgeschäfte ohne erforderliche Einwilligung sind unwirksam (§ 111)	15
2. Verträge ohne erforderliche Einwilligung sind schwebend unwirksam	15
a) Genehmigung oder deren Verweigerung durch den gesetzlichen Vertreter (oder den volljährig Gewordenen) gemäß § 108	15
Fall 2: Günstige Briefmarkensammlung	16
b) Beendigung der schwebenden Unwirksamkeit durch Widerruf	18
D. Die gesetzliche Vertretung	18
I. Die Beschränkung der Vertretungsmacht gemäß §§ 1821, 1822 (§ 1643 Abs. 1)	19
II. Der Ausschluss der gesetzlichen Vertretung	20
1. Die nach (§ 1629 Abs. 2 S. 1) § 1795 Abs. 1 von der Vertretung ausgeschlossenen Rechtsgeschäfte	20
2. Das In-sich-Geschäft des gesetzlichen Vertreters, § 1795 Abs. 2, § 181 (§ 1629 Abs. 2. S. 1)	21
E. Die sonstigen Rechtshandlungen des nicht voll Geschäftsfähigen und die Zurechnung von Kenntnissen	21
2. Abschnitt: Die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts gemäß §§ 134, 138	25
A. Der Gesetzesverstoß gemäß § 134	25
I. Verhältnis zu anderen Normen	25
II. Das Vorliegen eines Verbotsgesetzes	25
III. Der Verstoß gegen das Verbotsgebot	25
IV. Die Rechtsfolgen des Gesetzesverstoßes	27

1. Die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts	27
a) Der beiderseitige Verstoß gegen ein Verbotsgebot	27
b) Der einseitige Verstoß	27
c) Beispiele	28
2. Der Umfang der Nichtigkeitsanordnung	31
B. Die Nichtigkeit gemäß § 138	32
I. Verhältnis des § 138 zu weiteren Normen	32
II. Die Nichtigkeit gemäß § 138 Abs. 2 – Wucher	33
1. Das auffällige Missverhältnis	33
2. Ausbeutung der Lage des Bewucherten	33
3. Die Rechtsfolgen des Wuchers	34
III. Die Sittenwidrigkeit gemäß § 138 Abs. 1	35
1. Der objektive Tatbestand der Sittenwidrigkeit gem. § 138 Abs. 1	35
a) Missbräuchliche Ausnutzung einer Machtposition	35
b) Verstoß gegen die herrschende Rechts- und Sozialmoral	36
c) Wucherähnliche Rechtsgeschäfte, insbesondere Kreditverträge	36
d) Krasse finanzielle Überforderung bei der Kreditsicherung	38
e) Kollision einer Globalzession mit verlängertem Eigentumsvorbehalt	38
2. Der subjektive Tatbestand des § 138 Abs. 1	39
3. Beurteilungszeitpunkt	39
4. Rechtsfolgen	39
3. Abschnitt: Das formbedürftige Rechtsgeschäft	41
A. Formerfordernisse	41
I. Die wichtigsten kraft Gesetzes formbedürftigen Rechtsgeschäfte	41
1. § 311b Abs. 1 S. 1: Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb von Grundstücken	42
a) Übertragungs- bzw. Erwerbsverpflichtung	42
b) Umfang des Formerfordernisses	44
c) Abänderung, Ergänzung und Aufhebung	45
2. Das Formerfordernis aus § 766 S. 1	46
3. Weitere Formerfordernisse	46
II. Die vertraglich vereinbarte Form	47
B. Die Einhaltung der einzelnen Arten der Form	47
I. Die Voraussetzungen der gesetzlichen Schriftform gemäß § 126	48
II. Die Textform, § 126 b	49
III. Vereinbarte Schriftform, § 127 Abs. 2	50
IV. Die notarielle Beurkundung	50
V. Die öffentliche Beglaubigung	50
C. Die Rechtsfolgen des Formmangels	50
I. Nichtigkeit	51
1. Gesetzliche Form (§ 125 S. 1)	51
2. Vertraglich vereinbarte Form (§ 125 S. 2)	51
II. Die Heilung des Formmangels	51
1. Heilung gemäß § 311b Abs. 1 S. 2	52

2. Heilung gemäß § 518 Abs. 2	52
III. Die Unzulässigkeit, sich auf den Formmangel zu berufen	52
1. Die unzulässige Rechtsausübung wegen Existenzgefährdung	52
2. Die unzulässige Berufung auf den Formmangel wegen eines schweren Treueverstoßes	53
a) Die schuldhafte Verhinderung des formgerechten Abschlusses	53
b) Treuwidriges Verhalten bei Durchführung des Vertrags	54
D. Die Auslegung formbedürftiger Erklärungen	55
I. Die nach der h.A. gültige Andeutungstheorie	55
II. Die Falschbezeichnung bei formbedürftigen Verpflichtungsverträgen	55
Fall 3: Mitverkaufte Parzelle	56
III. Die Vermutung der Vollständigkeit und Richtigkeit	57
4. Abschnitt: Die Nichtigkeit der Willenserklärung nach erfolgter Anfechtung	59
A. Überblick	59
B. Die Zulässigkeit der Anfechtung von Willenserklärungen	60
I. Die gesetzlichen Sonderregelungen	60
II. Gründungs- und Beitrittserklärungen	60
III. Fingierte Willenserklärungen und Rechtsscheinstatbestände	61
C. Der Anfechtungsgrund gemäß § 119 Abs. 1	61
I. Überblick	61
1. Die Nichtübereinstimmung zwischen Erklärung und dem mit der Erklärung Gewollten	61
2. Die unbewusste Nichtübereinstimmung	62
II. Der Irrtum über den Inhalt der abgegebenen Willenserklärung	62
1. Der Irrtum über den für das Zustandekommen des Rechtsgeschäfts erforderlichen Inhalt	63
a) Der Erklärende will mit einer anderen Person das Rechtsgeschäft tätigen	63
b) Der Erklärende wollte mit seiner Erklärung ein anderes Rechtsgeschäft als das tatsächlich abgeschlossene tätigen	63
Fall 4: Geschenkt, gekauft?	64
c) Der Erklärende wollte ein Rechtsgeschäft über einen anderen Gegenstand tätigen	66
d) Irrtum bei der Erklärung über das Entgelt	67
e) Der Irrtum beim einseitigen Rechtsgeschäft	67
2. Der Irrtum über Rechtsfolgen	67
3. Der Kalkulationsirrtum	69
a) Interner Kalkulationsirrtum	69
Fall 5: Berechnungsfehler der EDV-Anlage	70
b) Externer (offener) Kalkulationsirrtum	73
4. Der Irrtum bei der invitatio ad offerendum	75
Fall 6: Automatisierte Erklärungen	75
D. Der Anfechtungsgrund gemäß § 119 Abs. 2	78
I. Die Regelung des Irrtums über Eigenschaften der Sache	78

1. Anwendbarkeit des § 119 Abs. 2	78
a) Vorrang des Gewährleistungsrechts	78
b) Vorrang des § 313 beim Doppelirrtum	79
2. Sache	80
3. Der Eigenschaftsbegriff	80
a) Gegenwärtige Merkmale	81
b) Wertbildende Merkmale	81
c) In der Sache selbst begründet	82
4. Die Verkehrswesentlichkeit der Eigenschaft	82
5. Der Eigenschaftsirrtum beim Gattungskauf	82
II. Der Irrtum über verkehrswesentliche Eigenschaften der Person gemäß § 119 Abs. 2	83
1. Die Person	83
2. Die Eigenschaften der Person	84
3. Die Verkehrswesentlichkeit der Eigenschaften der Person	84
E. Der Anfechtungsgrund gemäß § 120	87
F. Der Anfechtungsgrund gemäß § 123	87
I. Die Voraussetzungen der Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	89
1. Die – rechtswidrige – Täuschungshandlung	89
2. Die Ursächlichkeit zwischen Täuschungshandlung bzw. Irrtum und abgegebener Willenserklärung	91
3. Die Arglist	91
II. Unzulässigkeit der Anfechtung, wenn ein Dritter getäuscht hat	92
Fall 7: Treuherzige Eheleute	92
III. (Gewährleistungs-)Ansprüche des arglistig Getäuschten	94
Fall 8: Bagatellschaden?	94
IV. Die widerrechtliche Drohung	98
1. Drohung	98
2. Widerrechtlichkeit	98
Fall 9: Bedrohte Ehefrau	100
G. Die Durchführung der Anfechtung und die dadurch ausgelösten Rechtsfolgen	103
I. Die wirksame Ausübung der Anfechtung	103
1. Anfechtungsberechtigung	103
2. Anfechtungserklärung	103
3. Die Anfechtungserklärung muss fristgerecht erfolgen.	104
4. Die Anfechtung darf nicht ausgeschlossen sein.	104
II. Die Rechtsfolgen der Anfechtung	105
1. Die Nichtigkeit der Willenserklärung gemäß § 142 Abs. 1	105
2. Die Ansprüche nach wirksamer Anfechtung	107
5. Abschnitt: Die Teilnichtigkeit, Umdeutung und Bestätigung	109
A. Die Teilnichtigkeit gemäß § 139	109
I. Voraussetzungen des § 139	109
1. Einheitliches Rechtsgeschäft	109
2. Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	109

II.	Rechtsfolge der Teilnichtigkeit	110
B.	Die Umdeutung gemäß § 140	111
C.	Die Bestätigung gemäß § 141	112
2. Teil: Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB)	113
1. Abschnitt: Der Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	113
A.	§ 310 Abs. 4	113
B.	Der Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	114
I.	Die Vertragsbedingung	114
II.	Vorformuliert für eine Vielzahl von Fällen	115
III.	Stellen bzw. Aushandeln	116
2. Abschnitt: Einbeziehung der AGB als Vertragsbestandteil	117
A.	Die Einbeziehung gegenüber Privatpersonen	118
I.	Einbeziehung gemäß § 305 Abs. 2	118
II.	Einbeziehung durch Rahmenvereinbarung	119
B.	Die Einbeziehung gegenüber Unternehmern	119
I.	Die Hinweispflicht	120
II.	Die Möglichkeit der Kenntnisnahme durch den Unternehmer	120
C.	Einbeziehung in besonderen Fällen gemäß § 305a	120
D.	Vorrang der Individualvereinbarung (§ 305b)	121
E.	Überraschende Klauseln (§ 305c Abs. 1)	121
3. Abschnitt: Die Auslegung und Inhaltskontrolle	122
A.	Die Auslegung der einzelnen Vertragsbestimmungen in den AGB	122
I.	Der Grundsatz der objektiven Auslegung	122
II.	Die Unklarheitenregel des § 305c Abs. 2	122
B.	Die Inhaltskontrolle gemäß §§ 307 bis 309	123
I.	Ausschluss der Inhaltskontrolle gemäß § 307 Abs. 3	124
1.	Abweichung oder Ergänzung von Rechtsvorschriften	124
2.	Transparenzgebot	125
II.	Die Inhaltskontrolle gemäß § 309	125
III.	Die Inhaltskontrolle gemäß § 308	127
IV.	Die Inhaltskontrolle gemäß § 307 Abs. 1 und 2	128
1.	Die Unangemessenheit im Fall des § 307 Abs. 2 Nr. 1	128
2.	Die unangemessene Benachteiligung gemäß § 307 Abs. 2 Nr. 2	129
Fall 10: Waschschäden	130	
3.	Die unangemessene Benachteiligung gemäß § 307 Abs. 1	131
V.	Die Inhaltskontrolle im unternehmerischen Bereich	132
4. Abschnitt: Die Rechtsfolgen der Unwirksamkeit einer Vertragsbestimmung, § 306	133
A.	Nicht einbezogene oder unwirksame Vertragsbestimmungen	133
B.	Die Rechtsfolgen bei widersprechenden AGB	134
Fall 11: AGB im Widerspruch	134	

C. Die Verbandskontrolle nach dem Unterlassungsklagengesetz	136
Fall 12: Die Garantiekarte	137
3. Teil: Fristen, Termine, Verjährung	140
1. Abschnitt: Fristen und Termine	140
A. Fristen	140
B. Termine	141
2. Abschnitt: Verjährung	141
A. Überblick	141
B. Regelverjährung	142
I. Fristbeginn	142
II. Höchstfristen gemäß § 199 Abs. 2–4	143
C. Andere Verjährungen	143
D. Vereinbarungen über die Verjährung (§ 202)	144
E. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn	144
I. Hemmung der Verjährung bei Verhandlungen (§ 203)	145
II. Hemmung der Verjährung durch Rechtsverfolgung (§ 204)	145
III. Neubeginn der Verjährung	146
F. Übergangsvorschrift (Art. 229 § 6 EGBGB)	146
I. Die Verjährungsfristen	146
II. Beginn, Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn	147
Stichwortverzeichnis	149